

Die Schweizerische Bauernpartei

Autor(en): **Nobs, Ernst**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **1 (1921-1922)**

Heft 9

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-328184>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Rote Revue

Sozialistische Monatschrift

9. HEFT

MAI 1922

I. JAHRG.

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Die Schweizerische Bauernpartei.

Von Ernst Nobs.

Werden und Vergehen politischer Parteien.

Die materialistische Geschichtsauffassung erklärt das Entstehen politischer Parteien aus dem Vorhandensein unbefriedigter Klassen. Eine neue Partei kann neben anderen Parteien nur dann entstehen, wachsen und zur großen Partei werden, wenn die vor ihr vorhandenen Parteien die Interessen einer bestimmten Wirtschaftsgruppe gar nicht oder nicht in genügendem Maße wahrnahmen. Nicht das macht die Partei zur Partei, daß einige hundert oder tausend Menschen sich selber als Partei proklamieren. Die meisten Parteigründungen sind lebensunfähige Früh- oder Totgeburten. Nur den allerwenigsten ist eine Entwicklung oder ein langes Leben beschieden. Manche finden nach einem verheißungsvollen Anfang ein frühes Ende. Andere bilden aus kümmerlichen Anfängen die Wurzeln zu einem überraschenden Wachstum. Seit der Mitte der neunziger Jahre ist der Niedergang des Schweizerischen Grütlivereins offensichtlich. Die viel klarere und konsequentere Klassenpolitik der Sozialdemokratischen Partei überschattete den Grütliverein dermaßen, daß er entweder völlig in ihr aufgehen oder neben ihr verkümmern und verderben mußte. Der Versuch der Gründung einer Kommunistischen Partei könnte nur dann über die Sekte hinausführen, wenn die Sozialdemokratische Partei der Konkurrentin Raum und Entwicklungsmöglichkeit schaffen würde durch Vernachlässigung oder völlige Preisgabe der proletarischen Interessen. Die Schweizerische Bauernpartei, die erst im Entstehen begriffen ist, aber bereits sehr bedeutende Grundlagen aufweist, dürfte aller Borausicht nach zu einer Partei-gründung von Bestand und Dauerhaftigkeit werden.

Der Zerfall der herrschenden Partei.

Die ersten politischen Bauernparteien entstanden in deutschschweizerischen Kantonen im Jahre 1919. Die Ziffer 1919 bedeutet politisch und wirtschaftlich: Ende des Weltkrieges, erstes Friedensjahr, Rückkehr zur Friedenswirtschaft nach den langen Jahren des Staatszwanges und der staatskapitalistischen Monopole. Der Landesstreik vom November 1918 hatte dem politischen Prestige des seit 1848 in der Schweiz allmächtig herrschenden Freisinnigen Partei dermaßen Abbruch getan, daß sie in die vorzeitige Neuwahl des Nationalrates (1919 statt erst 1920) einwilligen mußte, nachdem bereits im Oktober 1918 mit der Unterstützung zahlreicher bäuerlicher Stimmen die freisinnige Parteifestung der Mehrheitswahl zu Fall gebracht worden war. Eine Reihe von Ereignissen hätte die herrschende Freisinnige Partei bereits während der Kriegsjahre schwer kompromittiert und die seit zwei Jahrzehnten sich mehrenden Anzeichen der internen politischen Zersetzung der großen Regierungspartei traten kraß in Erscheinung. Im Kampf um die politische Vormachtstellung im Lande war die Freisinnige Partei stets mit der Präntention aufgetreten, die Interessen aller Klassen gleichermaßen zu wahren und der eigentliche Schmelztiegel zu sein, in welchem aus der Vereinigung aller Elemente der Ausgleich aller Gegensätze geschaffen werde in dem Mischungsprodukt, genannt freisinnige Politik. Das Regiment führte tatsächlich der liederlichste, grundlosste Opportunismus, der es fertig gebracht hatte, außenpolitisch innerhalb fünf Jahren von der germanophilen zur frankophilen Frontaufstellung überzugehen, innenpolitisch vom straffen Zentralismus der ersten Kriegsjahre zu einer föderalistischen Konzessionspolitik schlimmster Art und von der unverschämten sozialpolitischen Reaktion der Jahre 1914 und 1915 hinüberzuwechseln zu den verlogenen „arbeiterfreundlichen“ Phrasen vor, während und nach dem Landesstreik, um schließlich wieder der Reaktion zu dienen („Zickzackpolitik“). In den Städten, wo der Freisinn mit den Sozialdemokraten hart um die Vorherrschaft zu kämpfen gezwungen war, hatte er in jungfreisinnige Parteien, in Fixbesoldetenorganisationen und gelben Arbeitervereinen Kontingente abdelegiert, mit der taktischen Aufgabe, Schichten festzuhalten, die ihm zu entgehen drohten oder bereits entgangen waren. Es ergaben sich scharfe Interessengegensätze innerhalb der Freisinnigen Partei selber zwischen den ihr noch angehörenden mehr städtischen Angestellten- und Beamtenkreisen auf der einen Seite, mit ihren Begehren nach Konsumentenschutz und Steuerentlastung und den Bauern mit ihren sehr weit gehenden zollpolitischen Protektionsforde-

rungen auf der andern Seite. Schließlich waren auch noch da zwei weitere ziemlich selbständige Gruppen mit ausgesprochen reaktionärem Einschlag: das Gewerbe und die Industrie mit Einschluß des Großkapitals und die Banken, Trusts und Holdinggesellschaften. Alle diese Gruppen hatten gemeinsam (mit Einschluß der Arbeiter) im 19. Jahrhundert gemäß den von der großen französischen Revolution ausgehenden Heroldsrufen der kapitalistischen Epoche die Schweiz von Grund auf umgestaltet. Aber damit war ihr Zusammenwirken und ihre historische Mission erfüllt. Heute erleben wir das Schauspiel des unaufhaltsamen Zerfalls einer ruhmreichen Partei mit großer Vergangenheit in ihre einzelnen Bestandteile.

An die Spitze dieser Partei rückte mehr und mehr eine wenig volkstümliche Gesellschaft von Berufspolitikern aus dem Stande der Advokaten, politischen Obersten, Regierungsräten und Verwaltungsräten aller möglichen Aktiengesellschaften.

In der politischen Bauernpresse vernahmen wir am wenigsten über die eigentlichen Beweggründe zur Bildung politischer Bauernparteien. Im Gegensatz zu der mit einem ungeheuren Aufwand an Worten, Proklamationen, Deklarationen und Polemik eingeleiteten Zwangsgeburt der Kommunistischen Partei entstanden die politischen Bauernparteien fast über Nacht, unbemerkt, überraschend und, wie es scheint, ohne jede besondere Geburtshilfe. Sie waren einfach eines schönen Tages da. Wohl war seit Jahren gelegentlich in Bauernversammlungen und in der Bauernpresse die Gründung von Bauernparteien besprochen worden, aber stets hatten diese Diskussionen ein negatives Resultat gezeitigt. Laur hatte sich wiederholt gegen die Lösung der Bauern von den bürgerlichen Parteien und ihre politische Verselbständigung ausgesprochen. Aber nun hatte sich diese doch durchgesetzt. Ueber die Ursachen dieser Neubildung schrieb das Organ der bernischen Bürger-, Gewerbe- und Bauernpartei, die „Neue Berner Zeitung“, am 25. März 1922 was folgt:

„Die Zeiten ändern sich und wir mit ihnen. Die wirtschaftliche Entwicklung begann den stolzen Bau (der Freisinnigen Partei) von innen heraus zu zerbröckeln. Ein ungesunder Kapitalismus machte sich breit; Ueberindustrialisierung zersezte den Wirtschaftskörper. Er tat es unter dem Schutze und Segen des alleinherrschenden Freisinns. Wer sich als Warner erhob gegen das Betreten einer derart abschüssigen Bahn, den verdammt das freisinnige Rehergericht. Unter dem Banner des Freisinns trieben die Trusts ihre giftigen Blüten; das System der freiwilligen Konzessionen nach rechts, den erzwungenen nach links, trieb der

Sozialdemokratie ungezählte Anhänger in die Arme. Zwischen Hochfinanz und Proletariat lief der Bauer, der Handwerker und Kleingewerbler, der gesamte Mittelstand, Gefahr, zerrieben zu werden. Die Krisis war latent, als der Krieg ausbrach und das gesamte politische und wirtschaftliche Leben in seinen Grundfesten erschütterte. Es kam, wie es kommen mußte; die Interessen innerhalb der herrschenden Partei kreuzten sich. So liefen denn die Bataillone auseinander und sammelten sich in anderen Lagern, mit neuen Führern. Die Masse der bürgerlich Gesinnten, die breite Schicht des bürgerlichen Mittelstandes, folgte derjenigen Partei, welche rücksichtslos, ohne Kompromisse und schwächliche Konzessionen nach links oder rechts ihre wirtschaftlichen und ideellen Interessen verfocht.“

So war in einer Periode zunehmender Schwäche der herrschenden Partei und ihres unsicher lavierenden politischen Kurses die Loslösung der bäuerlichen Kontingente in einer Reihe von Kantonen auf einmal zur Tatsache geworden, was den Zusammenbruch der Vormachtstellung des Freisinns und seine völlige Zerfetzung noch beschleunigte.

Kantonale Bauernparteien.

Kantonale Bauernparteien gibt es gegenwärtig in den Kantonen Bern, Zürich, Schaffhausen, Aargau und Tessin. In allen diesen Kantonen brachte die Bauernpartei es bei den Proporzahlen sofort zu einer namhaften Vertretung in den kantonalen Räten wie im eidgenössischen Parlament. Besonders stark (mit 15 Mandaten!) zog die bernische Bauern- und Bürgerpartei (wie sie sich damals noch nannte) im Herbst 1919 in den Nationalrat ein. Durch die Verbindung mit dem gewerblichen Mittelstand (neue Bezeichnung: Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei) vermochte sie die Freisinnige Partei in diesem Kanton eigentlich zu vernichten, oder wenigstens auf die sehr schmale Basis einer „bürgerlich-fortschrittlichen“ Beamtenpartei („Fortschrittspartei“) zu reduzieren. Inwiefern die Hoffnungen auf eine Regeneration des Freisinns berechtigt sind, werden die kommenden Wahlen zeigen müssen. Nach der Abtrennung der geschlossenen Kontingente der Bauern und des gesamten Gewerbes sind dieser „Regeneration“ enge Schranken gezogen.

Nachdem wir bereits in der Februarnummer der „Roten Revue“ dieses Jahres das Laurische Programm schweizerischer Bauernpolitik wiedergegeben haben, mag es angezeigt sein, auch das Programm einer kantonalen Bauernpartei hier noch festzuhalten. Es ist das erste von einer kantonalen Bauernpartei beschlossene Parteiprogramm, und zwar dasjenige der bernischen Partei. Es wurde beschlossen am 19. Juli 1919 und lautet:

„Die Bernische Bauern- und Bürgerpartei erklärt sich als eine selbständige politische Vereinigung vaterländisch gesinnter Volksgenossen, bereit, mit ihrer ganzen Kraft alle Bestrebungen zu unterstützen, die darauf gerichtet sind, die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit unseres Landes und die geistige Selbständigkeit unseres Volkes zu wahren und zu stärken, die sittlichen Grundlagen, auf denen unser Staatswesen fußt, unverfehrt zu erhalten und auf dem Boden der bestehenden, das private Eigentum und den freien Wettbewerb schützenden Rechtsordnung einen gerechten sozialen Ausgleich innerhalb der verschiedenen Volksschichten durchzuführen, unter entschlossener Zurückweisung aller kommunistischen Theorien und aller nicht durch gebieterische Staatsnotwendigkeiten bedingten Monopole.

Diesen Richtlinien folgend tritt die Partei ein für die Erhaltung eines schlagfertigen Volkshheeres, unter unerbittlicher Bekämpfung aller in seinem Organismus zutage tretenden unschweizerischen Erscheinungen für einen soliden, nach den Grundsätzen republikanischer Einfachheit geführten Staatshaushalt, für eine bessere Sicherung des Landes gegen die drohende Ueberfremdung, vornehmlich durch wirksamen Schutz und zielbewusste Förderung der inländischen Arbeit und Produktion. Sie wird speziell allen Bestrebungen des schweizerischen Bauernverbandes in dieser Richtung nachhaltige Unterstützung gewähren.

Im besonderen wird die bernische Bauern- und Bürgerpartei die wirtschaftlichen, politischen und idealen Interessen der Landwirtschaft und des gesamten arbeitenden Bürgerstandes des Kantons Bern nach innen und außen wahrzunehmen und zu diesem Zwecke auf verbesserte Schul- und Berufsbildung unseres Landvolkes und Sicherung seiner wirtschaftlichen Zukunft, speziell auch auf eine zeitgemäße Besserung der Existenzbedingungen des landwirtschaftlichen Arbeitspersonals hinarbeiten und sich die straffere Organisation und politische Aufklärung des Landvolkes auf kommunalem, kantonalem und eidgenössischem Boden zur Aufgabe machen.“

In der jüngsten Zeit machen auch in der Ostschweiz sich starke Tendenzen zur Gründung selbständiger Bauernparteien geltend. Es sind in den Kantonen T h u r g a u und S t. G a l l e n kurz nacheinander bernische und zürcherische Bauernparteierteiler für die politische Verselbständigung der dortigen Bauern eingetreten, was namentlich in der freisinnigen Presse ängstliches Mißfallen erregte. Im Thurgau traten die Bauern schon bei den letzten Nationalratswahlen mit einer eigenen Liste hervor,

und die Gewählten schlossen sich in Bern der Bauernfraktion an. In St. Gallen verhinderte die freisinnige Partei bei den Stadtratswahlen von 1919 eine besondere Bauernliste, indem sie von vorneherein durch Kumulation die Wahl zweier Bauernvertreter sicherte.

Außer in den erwähnten Kantonen dürfte in den nächsten Jahren mit der Gründung von Bauernparteien mutmaßlich noch zu rechnen sein in den Kantonen Baselland, Solothurn, Appenzell A.-Rh., Glarus und Graubünden.

Auffallen muß, daß alle diese vollzogenen und versuchten Neugründungen — mit der einzigen Ausnahme des Kantons Tessin — ins deutschschweizerische protestantische oder paritätische Gebiet fallen. Politisch gesprochen heißt das, daß vorwiegend die einstigen Domänen der freisinnigen Partei eine selbständige bäuerlich-politische Bewegung zu entwickeln beginnen, während die Westschweiz und die vom Ultramontanismus regierten Kantone davon verschont blieben. Man möchte sagen, daß bis heute die Bauernpartei ein Zerfallsprodukt der freisinnigen Partei sei. Aber man kommt mit einem solchen Erklärungsversuch dem Grund der Dinge nicht näher, denn mit eben demselben Recht könnte man sagen, daß die Absplitterung der Bauern und des gewerblichen Mittelstandes die Zerfällung der Freisinnigen Partei vollendet habe. Begonnen hat diese Auflösung bereits vor einem halben Jahrhundert mit der damals einsetzenden Abkehr der Arbeiter von der Partei, die der schweizerischen Politik während eines vollen Jahrhunderts ihren Stempel aufgedrückt hat.

Mehr als politische, vermögen wirtschaftliche Erklärungsversuche über die Ursache der Gründung von Bauernparteien auszusagen. Die Kantone, in denen Bauernparteien schon bestehen oder entstehen wollen, sind Kantone mit einer starken Entfaltung der Industrie, also stark ausgeprägten wirtschaftlichen Gegensätzen. Diese Gegensätze vermochten den Ausgleich nicht innerhalb des Rahmens einer und derselben Partei zu finden und so wurde und wird dieser Rahmen gesprengt. Daß diese Bewegung einsetzte in einem Zeitpunkt, wo diese herrschende Partei so außerordentlich an Prestige eingebüßt hatte, wie das am Ende des Weltkrieges der Fall war, ist nur natürlich. Die Partei mit der großen Vergangenheit verlor unter dem Eindruck der wirtschaftlichen Verhältnisse und politischer Vorkommnisse aus jüngster Zeit mehr und mehr an politischem Ansehen, büßte an Autorität, Einfluß auf die Volksmassen und Ansehen ein. Das

bedeutete auch ein Nachlassen der die Partei zusammenhaltenden zentripetalen Kräfte. Ihre wesensungleichen Bestandteile stoben auseinander.

Westschweiz, Alpen- und Voralpengebiet.

Die Westschweiz steht unter anderen Verhältnissen. In den Kantonen Genf und Neuenburg spielt die Landwirtschaft naturgemäß eine untergeordnete Rolle. In der agrikolen Waadt aber ist auch die Freisinnige Partei vorwiegend eine Partei des gewerblichen und bäuerlichen Mittelstandes und des kleinen Rentnertums und hat sich der kleinbürgerlichen Hauptmasse der Bevölkerung weniger entfremdet, als in der deutschen Schweiz, wo die Gilde von Berufspolitikern, politischen Advokaten, Obersten, Regierungsräten und Verwaltungsräten aller möglichen Aktiengesellschaften zusehends an Popularität einbüßte und mit ihrer einseitigen Wirtschaftspolitik die Partei diskreditierte.

Ähnlich wie mit dem Kanton Waadt verhält es sich mit den katholisch-konservativen Kantonen, wo bis anhin eine politisch von der konservativen Partei losgetrennte Bauernbewegung nicht in Erscheinung getreten ist. Der Hinweis darauf, daß eben die ultramontane Partei eine konfessionelle Partei sei, deren Angehörige nicht durch wirtschaftliche, sondern durch religiöse Übereinstimmung zusammengehalten werde, mag freisinnigen Tagesjournalisten genügen zur tröstlichen Erklärung des Mangels politischer Bauernparteien in der Innerschweiz. Aber sie kann in ihrer ganzen Oberflächlichkeit Anhänger der historisch-materialistischen Denkart nie und nimmer befriedigen. Daß sie grundfalsch ist, zeigt der schweizerische Bauernkrieg mit seiner prächtigen Vereinigung protestantischer und katholischer Bauern zum Zwecke des gemeinsamen Kampfes gegen die sie bedrückende Oligarchie der Städte. Die Erklärung ist sehr viel einfacher. Die ausgesprochen katholisch-konservativen Kantone sind ganz vorwiegend Bauernkantone mit nur sehr sporadisch auftretender Industrie, und die katholisch-konservative Partei ist der Typus der kleinbäuerlichen, kleingewerblichen Mittelstandspartei und damit — ökonomisch betrachtet! — nicht viel anderes als die bernische Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei! In diesem Zusammenhang wäre immerhin noch auf den Umstand hinzuweisen, daß im Alpen- und Voralpengebiet, also der vorwiegend katholischen Domäne, der Kleinbauer stärker vertreten ist als in der schweizerischen Hochebene, wo der Protestantismus stark überwiegt, und die Großbauern in der Bauernpartei die

führende Rolle spielen. Die Ultramontane Partei wird ihre politische Einheit verlieren, sobald innerhalb dieser Organisation wirtschaftlich entgegengesetzte Schichten schärfer um ihre Sonderinteressen kämpfen werden. Schon sehen wir an einzelnen Orten die ziemlich deutlich in Erscheinung tretende Herausbildung christlichsozialer Gruppen und Parteien, deren Loslösung von der Konservativen Partei — nicht aber vom Katholizismus — nur noch eine Frage der Zeit sein kann. Solange aber die katholisch-konservative Partei im ganzen Alpen- und Boralpengebiet die Partei des kleinbäuerlichen und kleingewerblichen Besitzes bleibt, wird sie die Bauern nicht verlieren und werden alle Anschlußschalmeien und alle Betonung der konfessionellen Neutralität von seiten der protestantischen Bauernpartei keine Separationen in der katholischen Schweiz zustande bringen. Im übrigen hat die katholisch-konservative Partei es verstanden, die auch in ihren Kantonen bestehenden politisch und konfessionell neutralen Bauernvereine nicht nur bestehen zu lassen, sondern sie nach Kräften zu unterstützen und zu beherrschen. Wird bei allen künftigen wirtschaftlichen Auseinandersetzungen großen Maßstabes die katholisch-konservative Partei an der Seite der Bauern zu finden sein, haben diese keinen Grund, sich von ihrer katholischen Partei zu trennen. Sollte je die Partei in Gegensatz kommen zu den Interessen der Bauern, so würden diese sich unbedenklich von ihr trennen. Ob sie dann als interkonfessionelle Bauernparteien in ein Subordinationsverhältnis treten zu einer gesamtschweizerischen Bauernpartei, oder ob sie als katholische Bauernpartei einen föderativen Anschluß suchen, ist eine Formfrage ohne großen Belang.

B a u e r n f r a k t i o n u n d B a u e r n k l u b i n d e r B u n d e s v e r s a m m l u n g.

Noch gibt es keine schweizerische Bauernpartei. Auch von einem Zusammenschluß der bestehenden kantonalen Bauernparteien hat man noch nichts gehört. Aber es gibt eine B a u e r n f r a k t i o n d e s N a t i o n a l r a t e s und einen B a u e r n k l u b d e r B u n d e s v e r s a m m l u n g. Wie im Kanton Bern die politischen Führer der Bauernpartei sofort eine Machtsteigerung suchten und fanden durch die Angliederung der im Gewerbe tätigen Schichten, so scheint auch die Bauernfraktion des Nationalrates schon bei ihrer Gründung im Dezember 1919 mehr nach parlamentarischer Machterweiterung als nach reiner unbeeinflusster Wahrnehmung der bäuerlichen Interessen getrachtet zu haben, denn sie legte sich sofort den Namen Bauern-, Gewerbe- und Bürgerfraktion bei. Laut amtlichem Verzeichnis gehörten zu dieser Fraktion gegen Ende des Jahres 1921 31 Mitglieder,

wurde an Stärke also nur noch übertroffen von der freisinnig-demokratischen, der sozialdemokratischen und der katholisch-konservativen Fraktion. Zu der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerfraktion zählten Vertreter aus folgenden Kantonen:

Abt = Aargau (Advokat), Baumann = Aargau (Landwirt), Bertschinger = Zürich (landwirtschaftl. Geschäftsführer), Bopp = Zürich (gewesener Landwirt, jetzt Redaktor und Gerichtspräsident), Bürgi = Schwyz (Viehzüchter), Burren = Bern (Regierungsrat), Donini = Tessin (Advokat), Eigenmann = Thurgau (Landwirt), Friburg = Haus = Bern (Landwirt), Gelpke = Baselstadt (Ingenieur), Gnägi = Bern (Landwirt), Hadorn = Bern (Notar), Jenny = Bern (Landwirt), Joß = Bern (Gewerbesekretär), König = Bern (Adjunkt des Schweizer. Bauernsekretärs), Meili = Thurgau (Landwirt), Michel = Bern (Advokat), Minger = Bern (Landwirt), Rellstab = Zürich (Landwirt), Ringger = Zürich (Regierungsstatthalter), Rothpleß = Bern (Ingenieur), Ruh = Schaffhausen (Landwirt), Siegenthaler = Bern (Landwirt), Spichiger = Bern (Notar), Stähli = Bern (Gewerbesekretär), Tobler = Zürich (Regierungsrat, diplomierter Landwirt), Tschumi = Bern (Regierungsrat, gewesener Gewerbesekretär), Waldvogel = Schaffhausen (Regierungsrat, gewesener Lehrer), Weber = Bern (Landwirt), Wunderli = Zürich (Geschäftsführer landwirtschaftlicher Genossenschaften), Zschokke = Aargau (Ingenieur).

Außer dieser Fraktion gibt es aber im Bundeshaus seit vielen Jahren schon einen Landwirtschaftlichen Klub, dem Mitglieder aller bürgerlichen Fraktionen angehören (sogar der Allerweltsgrütlianer Knellwolf machte dort seinerzeit mit). Außer den erwähnten 31 Nationalräten gehörten zu Anfang des letzten Winters dem Landwirtschaftlichen Klub weiter an:

Von der radikalen (freisinnig-demokratischen) Fraktion: Calame = Neuenburg, Bonmoos = Graubünden, Tanner = Baselland, Casliß = Graubünden, Walser = Graubünden, Couchepin = Wallis, Jenny = Glarus, Knüsel = Luzern, Bühler = Bern, Gamma = Uri, Gathuler = St. Gallen, Rochaix = Genf, Züblin = St. Gallen, Ullmann = Thurgau.

Von der liberalen (protestantisch-konservativen) Fraktion: Roussy = Waadt.

Von der katholisch-konservativen Fraktion: Balestra = Tessin, Antonini = Tessin,

Gottret = Genf, Petrig = Wallis, Cattori = Tessin, Balmer = Luzern, Moser = Luzern, Steuble = Innerrhoden, Bossi = Graubünden, Wyrsch = Aargau, Torche = Freiburg, Genoud = Freiburg, Boschung = Freiburg, Grünenfelder = St. Gallen, Steiner = St. Gallen, Schwander = Schwyz, v. Streng = Thurgau, Eggspühler = Aargau, Häfliger = Luzern, Ming = Obwalden, Pitteloud = Wallis, v. Matt = Nidwalden, Evequoz = Wallis.

Von den Waadtländer Radikalen (den von der freisinnig-demokratischen Fraktion zeitweilig getrennten Waadtländer Freisinnigen): Versier, Grobet, Mayor, Pittet, Bosset, Mallefer, Gaudard, Chamorel.

Der Landwirtschaftliche Klub des Nationalrates rekrutiert sich also wie folgt:

1. Bauern-, Gewerbe- und Bürger-Fraktion	31	Mitglieder
2. von der katholisch-konservativen Fraktion	23	"
3. von der radikalen Fraktion	14	"
4. von der Waadtländer radikalen Fraktion	8	"
5. von der liberalen Fraktion	1	"

Also Zusammen 77 Mitglieder

von insgesamt 189 Mitgliedern des Nationalrates. Sie ist die stärkste Wirtschaftsgruppe des Nationalrates, die in allen Wirtschaftsfragen maßgebenden Einfluß besitzt, ohne im übrigen auf ihre einzelnen Mitglieder einen starken Fraktionszwang auszuüben. Manchen Berufspolitikern war der Beitritt zum Klub etwas wie eine Rückversicherung gegen alle Gefahren des parlamentarischen und politischen Strebertums. Wie weit der Einfluß des Klubs geht, zeigte sich im letzten Herbst, wo die freisinnig-demokratische Fraktion zwar Stimmgabe für die Beschlußfassung über den neuen provisorischen Zolltarif beschlossen hatte, die meisten ihrer Mitglieder aber in der Abstimmung sich auf die Seite der Mannschaften vom „Klub“ schlugen!

Von den 44 Mitgliedern des Ständerates zählten anfangs Winter 1921/22 die folgenden 12 zum Landwirtschaftsklub: Keller = Aargau, Moser = Bern, Savoy = Freiburg, Lali = Graubünden, Dschner = Schwyz, Bertoni = Tessin, Wyrsch = Unterwalden, Huber = Uri, Muheim = Uri, Dind = Waadt, Simon = Waadt, Ribordy = Freiburg.

Wenn in Betracht gezogen wird, daß die in der schweizerischen Landwirtschaft beschäftigten Personen schon anläßlich der

letzten (im Jahre 1910 vorgenommenen) Betriebszählung nur noch 27 Prozent der schweizerischen Gesamtbevölkerung ausmachten, so muß die unverhältnismäßige Stärke des Bauernklubs auffallen. Daß die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerfraktion des Nationalrates mit ihren 31 Mitgliedern nicht der Zahl der in der Landwirtschaft tätigen Personen entsprechen kann, ergibt sich aus den Verhältnissen, die ich oben geschildert habe, namentlich aber aus der Zugehörigkeit vieler Bauernvertreter zur katholisch-konservativen Partei und Fraktion. Wenn alle in der Landwirtschaft tätigen Personen Repräsentanten der Bauernpartei nach Bern abordneten, würde eine reine Bauernfraktion von etwas über 50 Mann zustandekommen. Daß es heute mit 77 Mitgliedern des Landwirtschaftlichen Klubs reichlich anderthalbmal so viele Vertreter sind, gibt uns eine Erklärung für den großen Einfluß der bäuerlichen Interessenvertretung im Bundeshaus. Wenn wir allerdings sehen, daß selbst der Präsident des Schweizerischen Städteverbandes, der Herr Maillefer von Lausanne, Mitglied des Landwirtschaftsklubs ist, so gibt auch diese kleine Einzelheit uns wertvolle Aufschlüsse über die völlige politische Belanglosigkeit des Städteverbandes, der in Bern nicht den geringsten Einfluß besitzt, trotzdem er mit seinen 63 ihm angeschlossenen Städten und großen Industriegemeinden mit einer Bevölkerung von 1,303,000 Einwohnern einen sehr viel größeren Volksteil vertritt als die wirtschaftspolitischen Organe der Landwirtschaft. Daß Maillefer kürzlich als Stadtpräsident von Lausanne und damit auch vom Vorstand des Städteverbandes zurücktrat, ändert an der politischen Tragweite dieser zur Illustration angeführten Tatsache nichts, und wenn der Herr Maillefer trotz solch phänomenaler Vielseitigkeit nicht Bundesrat geworden ist, so liegt der Fehler zweifelsohne nicht an ihm. Das Menschenmögliche hatte er getan!

In anderer Weise hat das politische Erstarken des industriellen Proletariats die nur scheinbar widersprechende Wirkung gehabt, den Einfluß der Wortführer der Landwirtschaft gewaltig zu steigern. Je bedrohlicher das industrielle Proletariat dem Bürgertum erschien, um so mehr war dieses darauf angewiesen, sich in den Bauern einen zuverlässigen und starken Bundesgenossen zu sichern. Denn ein Zusammengehen von Bauern und Arbeiter würde die politischen Machtverhältnisse im Lande von Grund aus ändern. Ob und auf Grund welchen Minimalprogramms ein solches Zusammengehen zeitweise möglich wäre, will ich heute nicht weiter untersuchen. Ebenso wenig die andere nicht weniger wichtige und aufschlußreiche Frage, ob die bisherige bäuerlich-bürgerliche Poli-

tik nach Lauruschen Direktiven dem wahren Interesse der Landwirtschaft entsprach. Es genüge die Feststellung, daß die Bauernfraktion (Motion Abt betreffend Aufhebung des Achtstundentages) bisher mit den ausgesprochensten Kapitalmagnaten zusammen an der Spitze der politischen Reaktion marschierte. Bei allen Postulaten, die sich gegen das Großkapital richteten (und ich denke hier gerade an die vom Schweizerischen Bauernverband selber aufgestellten Forderungen auf Beseitigung des Bankgeheimnisses und Besteuerung der ausländischen Bankdepots) brachte die Bauernfraktion es nicht einmal zu einer geschlossenen Stimmabgabe, sondern bloß zu einer mehr als schwächlichen Stimmfreigabe. Das Laurische Projekt einer eidgenössischen Luxussteuer wurde von der Fraktion gar nicht aufgenommen! Was endlich an sozialpolitischen Grundsätzen im Bauernprogramm ausgesprochen ist, blieb vollends Phrase. Es wurde in den nahezu drei Jahren Tätigkeit der Bauernfraktion im Nationalrat nicht ein einziger Anlauf zum Zwecke der Verwirklichung dieser Zierstücke des Bauernprogramms oder etwa zur Bekämpfung „eines ungesunden Kapitalismus“ unternommen. Neben dem schon erwähnten heutigen Allianzverhältnis der Bauern zu den anderen bürgerlichen Parteien hat in dieser Richtung wohl am meisten hemmend gewirkt ihr enger Zusammenschluß mit einem der konservativsten Faktoren der schweizerischen Politik — dem Gewerbe. Es soll denn auch in der Bauernschaft eine Gruppe geben, die über diesen offiziellen Kurs der Bauernpolitik und die Verschwägerung mit dem Gewerbeverband wenig erfreut sei und von einer künftigen Bauernpartei die Abhäutung der gewerbeverbändlerischen Anhängsel erwarte.

Noch im Jahre 1906 hatte Laur das letzte Ziel schweizerischer Bauernpolitik wie folgt umschrieben: „Wir aber wollen eine Bauernpartei ausbauen zu einer Partei aller derer, welche dem Elenden, Schwachen und Armen Hilfe bringen wollen, zu einer Partei, welche die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft in jeder Form bekämpft und die von jedem gesunden Menschen verlangt, daß er für das, was er genießt und verzehrt, auch durch körperliche und geistige Tätigkeit zur Wohlfahrt und Einkommensvermehrung der Volkswirtschaft beitrage.“

In der Richtung dieser idealen Programmpunkte hat weder der Schweizerische Bauernverband noch die Bauernfraktion des Nationalrates bisher irgend etwas getan. Unsere Sozialversicherungsgesetzgebung blieb seit einem Jahrzehnt auf dem toten Geleise stecken. Was an Sozialversicherung bisher ge-

schaffen wurde, kam — mit Recht — der bäuerlichen Bevölkerung ebenso sehr zustatten wie dem Industrieproletariat. Sich damit zu brüsten, daß der Bauernverband dieses Stück Sozialgesetzgebung mithalf zu verwirklichen, besteht kein Grund. Im Sinne der oben erwähnten Laur'schen Zielpunkte bäuerlicher Klassenpolitik ist tatsächlich nichts geschehen! Die Bauern und vorab Prof. Laur liebten es, hie und da eine solche Schrecksalbe gegen die bürgerlichen Gruppen, namentlich die Freisinnige Partei als typische Vertreterin des Industrie- und Finanzkapitals, abzugeben, um sie damit gefügiger zu machen für die eigentlichen Forderungen jener besser-situierten Klasse von Bauern, die nach ihrem ökonomischen Charakter nichts anderes sind als kapitalistische Warenproduzenten. Auf diese Weise und unter geschickter Ausnützung der eidgenössischen Finanzmisere bei Ausschaltung wichtigster Volksrechte und Mißachtung elementarer Verfassungsgrundsätze, wurde die Ära der schweizerischen Hochschulzollpolitik eingeleitet. So hat der Bauer mitgewirkt, statt seinem industriellen Arbeitsbruder zu helfen und „die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft in jeder Form zu bekämpfen“, die Not und das Elend der zahlreichsten Volksklasse noch zu vergrößern.

Die Schweizerische Bauernpartei.

Wenn eine solche heute auch noch nicht konstituiert ist, so kann doch niemand sich verhehlen, daß wir in den letzten drei Jahren einer solchen sehr viel näher gekommen sind und daß, nachdem sie als sachpolitische Faktor von größtem Gewicht bereits zur Geltung kommt, auch ihre organisatorische Vollendung jedenfalls vorgenommen werden wird, sobald die bisher kantonale ausgesonderten Bauernparteien noch etwelche Stärkung aus anderen Kantonen erfahren. An ein Eingehen der bereits gegründeten kantonalen Bauernparteien und ihren Wiederanschluß an die Freisinnige Partei ist gewiß nicht zu denken.

Die gewaltige wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahrzehnte hat auch den Schweizer Bauer umgemodelt. Der Bauernhof ist nicht mehr der geschlossene Wirtschaftsstaat im kleinen, der er noch vor einem Jahrhundert, mancherorts noch vor einigen Jahrzehnten gewesen ist und der den allergrößten Teil der Bedürfnisse seiner Bewohner selber befriedigte. Der Bauer ist kapitalistischer Warenproduzent geworden, und mit der patriarchalischen Denkweise von einst hat er auch seinen Gerechtigkeits-sinn, seine Gutmütigkeit und Indolenz abgelegt. Die Technik revolutionierte nach der Industrie auch die Landwirtschaft und ihre maschinelle Reorganisation ist noch bei weitem nicht abgeschlossen.

Die landwirtschaftliche Produktion erzielte eine nicht weniger überraschende Steigerung als die industrielle. Neue Erfindungen und die elektrische Kraftübertragung mit allen neuen Kraftverwertungsmöglichkeiten machen weitere Entwicklungen zur Gewißheit. Zahlreiche landwirtschaftliche Schulen und Bildungsveranstaltungen, wie das musterhaft organisierte, von Bund und Kantonen subventionierte landwirtschaftliche Vortragswesen, haben nicht nur zur beruflichen Hebung, sondern auch zur politischen Erweckung und Stärkung des Klassenbewußtseins des Bauertums sehr viel beigetragen. In den außerordentlich zahlreichen landwirtschaftlichen Organisationen aller Art hat eine zahlreiche Oberschicht von Bauern auch organisieren, verwalten, rechnen und leiten gelernt und gleichzeitig der Bauernschaft eine ökonomische Rüstung von nicht zu unterschätzender Bedeutung gegeben. Der Bauer ist nicht mehr der rückständige „dumme Bauer“, als den ihn gedankenlose Tradition gerne behandelt, sondern eine wehrhafte, militante, auf ihren Vorteil bedachte, durch und durch klassenkämpferische Schicht, wenn sie auch in der Verteidigung wirklicher oder eingebildeter Interessen vielfach irregeleitet wird. Im Schweizerischen Bauernverband und seinem (heute mit rund 50 Beamten arbeitenden!), außerordentlich aktiven Brugger Sekretariat besitzt sie bereits seit einem Vierteljahrhundert eine wirtschaftliche Zusammenfassung der Kräfte. Sie ist im Begriffe, sich nun auch die politische Parteikörperschaft zu schaffen.

Sozialismus oder Freigeld?

Von Robert Grimm.

Im Märzheft der „Roten Revue“ habe ich eine Darstellung der Freigeldlehre und eine Kritik ihrer Voraussetzungen gegeben. Ich stellte die Frage: „Steht die Tätigkeit in der Freigeldbewegung in Uebereinstimmung mit dem Bekenntnis zum sozialdemokratischen Parteiprogramm?“ Ich kam zum Schluß, daß die Freigeldtheorie mit dem Sozialismus nichts zu tun hat, ja daß sie mit den Grundlehren des Sozialismus in direktem Widerspruch steht.

Auf meinen Artikel antwortet im Aprilheft Frisch Schwarz. Um die Frage, auf die es ankommt, drückt er sich herum, wie die Rabe um den heißen Brei. Mit Wortschwall und Zitatenfack glaubt er dem Problem ausweichen zu können. Ich verstehe sein Bemühen, aber es wird ihm wenig helfen.